

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

26. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 18. September 2003

(16.01 Uhr bis 23.10 Uhr)

6.1 US-Cross-Border-Lease-Transaktion Schieneninfrastruktur.....	32
Vortrag des Magistrats vom 12.09.2003, M 143	
6.2 Cross-Border-Leasing der U-Bahn: Vertragsverhandlungen abrechnen	32
Antrag der PDS vom 08.07.2003, NR 1058	
<u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 08.09.2003, NR 1106	
6.3 Rentabilitätsberechnung zur angedachten Cross-Border-Lease-Transaktion mit Vermietung von Anlagevermögen der Stadt und der VerkehrsGesellschaft Frankfurt.....	32
Antrag der BFF vom 08.07.2003, NR 1060	
6.4 Abbruch von Cross-Border-Leasing-Geschäften.....	32
Antrag der SPD gemäß § 17 (3) GOS vom 17.09.2003, NR 1117	
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	33
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	35
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	36
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	38
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	40
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	43
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	45
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	47
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	48
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	49
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	50
7. Hessische Landesregierung schränkt städtische Infrastruktur ein.....	51
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN und der SPD gemäß § 17 (3) GOS vom 17.09.2003, NR 1116	
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	51
Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD:	54
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	56
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	59
Stadtrat Franz Frey:	61
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	63
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	65
Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD:.....	66
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	68
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	70
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	71
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:	74
Stadtrat Dr. Albrecht Magen:	75

fe des nächsten halben Jahres tun, aber er tut es nicht. Es ist nicht so, dass die amerikanischen Steuerbehörden nicht wissen, dass diese Geschäfte stattfinden. Also können Sie auch, so illegal wie das immer nach außen offeriert wird, diese Betrachtung nicht anstellen.

(Beifall)

Das ist ein Ausnutzen dieser Möglichkeit. Der Kollege Stein hat das beschrieben. Wenn es steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten gibt, steckt in aller Regel immer ein politischer Grund dahinter, sonst würde man das nicht ermöglichen. Hier hätten wir unter Abwägung aller Risiken die Möglichkeit gehabt, auch zu einem Ja zu kommen. Wenn die Aussage am Ende so gewesen wäre, dass wir die zweite Phase hätten einleiten können, aber die GRÜNEN haben den Umfaller vollzogen, wenn es, wie es hier ausgedrückt worden ist, wir nun in einer Situation sind, in der es heute Abend eine Entscheidung gibt, der wir uns dann auch insofern anschließen, als wir dem Magistratsvortrag zustimmen, der schlichtweg in der Erkenntnis, dass es keine politische Mehrheit für den zweiten Weg gibt, ja zum Nichtabschluss dieses Geschäftes sagen. Dann ist klar, dass wir nicht von dem abweichen, was wir bisher an Überzeugung geäußert haben, sondern wir beugen uns der schlichten Tatsache, dass wir auch im nächsten Frühjahr keine Mehrheit dafür haben oder hätten, selbst wenn die Verträge erarbeitet wären. Wir können es keinem zumuten, weiter Geld in weiteren Verfahren in den Sand zu setzen, wenn wir heute schon sehen, im nächsten Jahr gibt es dafür keine Mehrheit. Deshalb schließt sich das vom Kreis her nicht, weil nun ein paar Unterschriften dazu geführt haben, sondern weil die schlichtweg fehlende Mehrheit uns dazu veranlasst, dem Magistratsvortrag zuzustimmen. Wir werden generell nicht von hier das Signal aussenden, dass in dieser Stadt keine solchen Geschäfte, keine Cross-Border-Geschäfte mehr gemacht werden können. Wir haben zu dem Grundinstrument keine moralischen Bedenken, sondern sind der Überzeugung, das wäre gut gewesen. Dieses Parlament verschenkt am heutigen Abend 100 Millionen Euro. Das werden wir in den Debatten, bei denen es um Geld geht, im Tagesordnungspunkt 7. und an anderer Stelle, sicherlich noch häufiger anführen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Becker! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Einen schönen guten Tag!

Vorab ein paar Worte zu Herrn Beckers Beitrag. Man kann natürlich cool und kühl gegen die Emotionalisierung, die andere betreiben und an der ich durchaus auch Kritik habe, vortragen. Das ändert nichts daran, dass Ihre Partei, die CDU, großartig darin ist - wenn ich an Themen wie so genannte Innere Sicherheit oder so genannte Ausländerkriminalität denke - alle Stimmen bis weit ins Nazispektrum abzustauben, die man nur bekommen kann. Da sind Sie nicht pingelig. Heute haben Sie gesagt, bei den 50.000 Unterschriften sind Stimmen dabei, die nicht wussten was sie taten. Ich hoffe einmal, dass viele, die Sie wählen, auch nicht wissen, was sie tun.

Es ist toll und konstruktiv, dass ich weiß, dass es Ihnen gestern peinlich war, was Sie da abgezogen haben, Herr Heuser. Sie müssen heute so tun, als ob Sie darüber stehen. Entschuldigen Sie sich lieber. Es ist toll und konstruktiv, dass das Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn gescheitert ist. Das ist in erster Linie den Leuten zu verdanken, die dafür geackert haben, dass die Unterschriften zustande kamen. Es ist aber auch der linken Opposition im Hause zu verdanken, ohne die - das kann man in den Protokollen nachlesen - dieses Thema hier nie diskutiert worden wäre, und das ist allen voran die PDS. Zweitens ist es auch so, dass, wenn wir uns erinnern, die Vorlagen zum Teil nicht öffentlich waren und hier gar nicht offen diskutiert werden sollten. Auch das wurde durchgesetzt, dass das möglich war. Den Prozess noch einmal nachzulesen - was ich getan habe - war ziemlich interessant, was

sich da in dieser kurzen Zeit abgespielt hat. Ich habe gelesen, was Lutz Sikorski in der FAZ gesagt hat oder wie er da zitiert wird. Ich nehme einmal an, dass das, was da steht, richtig ist. Da steht, dass Lutz Sikorski sozusagen dieses Umfallen der Fraktion verteidigt. Man kann manchmal auch auf die richtige Seite fallen. Man habe eine breite Bewegung aufgegriffen. Das ist ehrenhaft. Unter den Gegnern seien nicht nur - das muss wohl gesagt werden - linke Globalisierungsgegner gewesen, sondern auch Vertreter der bürgerlichen Mitte. Also keine Frage der grünen Basis, sondern einer Basis der Stadtgesellschaft. Der Versuch, sozusagen ganz breit zu fischen, kommt mir eher etwas peinlich vor.

Aber wenn ich dann lese, was Frau Roth über die GRÜNEN sagt, bin ich schon fast voller Mitleid und geneigt, sie zu verteidigen, wenn sie sagt, wer das Projekt behindere, schade der Stadt. Das Problem mit dem Pathos, Frau Roth, ist, wenn man es zu oft gebraucht nutzt es sich gewaltig ab, und Sie machen das jedes Mal. Auf der Pressekonferenz gestern Abend, bei der wir im Publikum sein durften und dann hier in diesem Interview schon wieder. Ist das irgendwie ein Infekt zurzeit, der hier herumgeistert? Frau Roth sagt in dem Interview mit der FAZ von gestern auch: „Ich bin enttäuscht, dass die GRÜNEN als anfangs vermeintlich verlässlicher Partner ausgestiegen sind, weil sie dem öffentlichen Druck und ihrer Parteibasis nicht standzuhalten vermochten.“ Ich finde es immer sehr lustig, wenn hier über die Menschen draußen gesprochen wird, wenn sie sich richtig verhalten, sind sie unsere Bürger und Wähler und man muss sie würdigen. Wenn sie etwas Falsches machen, sind sie plötzlich Straße. Dann gibt es das Wort Bürger nicht mehr, dann gibt es den Druck der Straße. Dann ist es irgendwie ein verächtliches Pack, das dummerweise den falschen Leuten auf den Leim gegangen ist. Das ist eine interessante Denkweise, über die Leute, die wählen oder die Leute, die in dieser Stadt leben und hier aktiv sind.

Ich will meine inhaltlichen Argumente gegen Cross-Border-Leasing vom Sommer natürlich nicht wiederholen. Aber eines bleibt, das sich bei unserer Debatte im Juli andeutete. Interessant ist auch, dass es in der letzten Presseerklärung von Attac eine Äußerung gibt, dass man sagt, auf Grund der Änderung der

Position der GRÜNEN gibt es keine Mehrheit im Römer mehr. Das ist richtig. Dann sagt Attac, jedoch begründen die GRÜNEN ihre Entscheidung mit dem mangelnden Vertrauen weiter Teile der Öffentlichkeit. Erlebt Cross-Border-Leasing also eine Wiedergeburt, wenn sich die Lage beruhigt haben wird? Das Misstrauen ist durchaus angebracht. Wir werden das Bürgerbegehren fortführen. Das ist natürlich die richtige Entscheidung.

Bei den Argumenten gegen Cross-Border-Leasing im Sommer und das ist geblieben als ein Schatten, der mir bei der Geschichte trotz der Freude über den vorläufigen Ausgang überhaupt nicht schmeckt. Im Bündnis, und deswegen sind wir als ÖkoLinX-ARL da auch nicht beigetreten, obwohl wir das sozusagen mit unseren Leuten aktiv unterstützt haben und den Inhalt mittragen, weil in diesem Bündnis auch rechte und nationale Positionen waren. Deshalb diese Unterscheidung in Unterstützung und in nicht offizieller Mitgliedschaft. Das kann sich ändern. Wir haben auch kritisiert, dass die PDS trotzdem beigetreten ist, obwohl Leute wie die BFF und andere Leute drin waren und obwohl dort mit Argumenten, ich habe das im Sommer schon einmal ausführlicher gesagt, und das unterscheidet sich krass von dem, was Herr Becker sagte und meinte mit der Emotionalisierung.

Aber was natürlich gemacht wurde, ist, dass ganz unterschwellig auch in den Papieren von Gewerkschaftskreisen, in allen möglichen Initiativen über die verschiedenen Verteiler, ohne die es auch diese Stimmenmehrheit nicht gegeben hätte, die ganze Zeit auch unterschwellig und sehr wirkungsvoll mitlief, wir haben was dagegen, weil wir unsere deutsche U-Bahn, unsere Frankfurter U-Bahn nicht verleasen wollen und nicht ins Geschäft mit US-Kapital bringen wollen. Ich muss sagen, wenn privatisiert wird, ist es mir egal, ob das deutsches, französisches oder US-Kapital ist. Das kann nicht der Punkt sein. Wenn man den Punkt so stark mitlaufen lässt, dann zieht man eine nationale Karte, und das ist in diesem Land und auch in dieser Stadt immer ein Gift, das irgendwann zurückschlägt.

Jetzt gibt es von gestern ein Interview in der Dschungel-World, dort wird Astrid Kraus vom

Koordinationskreis von Attac gefragt - das ist so etwas wie ein Vorstand in Köln - in Frankfurt am Main hat Attac gemeinsam mit einer rechten Gruppe gegen die Übergabe der U-Bahn an eine US-Firma agitiert. Die Antwort von Astrid Kraus ist: „Das Problem ist, dass wir ein Netzwerk sind und einzelne Gruppen selbständig agieren. Der Koordinationskreis kann organisatorisch nicht eingreifen. Die Zusammenarbeit in Frankfurt mit dem rechten Bürgerbündnis BFF ist nur von zwei Leuten von Attac und ein paar Mitläufern aktiv betrieben worden. Die konkrete Haltung zu schädlichen Projekten darf aber nicht dazu führen, dass man den Teufel mit dem Belzebug austreibt. Erschreckend ist auch, dass manche Attac-Leute die nationalistischen Positionen der BFF noch beschönigten. Attac Frankfurt hat Ende August den Beschluss gefasst, dass diese rechte Gruppierung aus dem Bündnis ausgeschlossen werden sollte. Die BFF ist dem zuvor gekommen und selbst ausgetreten.“ Ich bin sehr froh über diese Klarstellung.

Nur eines noch: Es gab dieses Logo der Kampagne. Das Logo gibt es immer noch, und ich bitte das sehr deutlich zu überdenken. Es gibt ein Logo, das ist ein US-Dollarzeichen. Wenn man aber meint, dass öffentliches Eigentum, kommunales Eigentum und kommunale Betriebe nicht privatisiert werden sollen, dann spielt die Währung tatsächlich keine Rolle. Dann können es Euro, Schwedische Kronen, US-Dollar oder Yen sein. Deswegen traue ich da eigentlich nur Leuten in dieser und anderen Kampagnen, die grundsätzlich gegen Privatisierung des kommunalen Eigentums und kommunaler Eigenbetriebe sind. Eben auch dann, wenn deutsches Kapital profitieren würde.

Ich stimme heute der Vorlage M 143 zu. Da wird in angenehmem Pathos und schnörkelfreier Klarheit gesagt, dass man sozusagen das Projekt beerdigt. Es gibt zwei Anträge, auf die ich mich positiv beziehen möchte, allerdings mit einer Änderung in dem eben vorgebrachten Sinnvortrag. Das eine ist der SPD-Antrag NR 1117, den es nur gibt, damit die SPD dem Antrag der PDS-Fraktion, NR 1106, nicht zustimmen muss. Aber diese kleinen Eitelkeiten müsst ihr untereinander austragen. Ich stimme diesen beiden Anträgen zu. Ich möchte aber jetzt schon kurz sagen und begründen, wie ich das vorschlage.

Nachher im Abstimmungsverfahren ist es oft so, dass es dann nicht mehr richtig verstanden wird. Den Punkt zwei des Antrages der PDS, NR 1106, möchte ich ersetzen durch einen Text, den ich gleich vortrage. Ich möchte im Antrag NR 1117 der SPD den folgenden Satz ersetzen: „Soweit sie kommunales Eigentum der Stadt Frankfurt betreffen.“ Diese beiden Teile sollen ersetzt werden durch meinen Änderungsantrag der inhaltlich lautet: „Die Privatisierung kommunalen Eigentums beziehungsweise kommunaler Betriebe, ob mittels der Methode Cross-Border-Leasing oder nicht, wird mit sofortiger Wirkung beendet.“ Da die SPD vorhin so schön über die GRÜNEN gewettert hat, die der FDP immer ähnlicher wären und was sie alles gegen Privatisierung haben, gehe ich fest davon aus, dass die SPD diesem Änderungsantrag zustimmen wird.

(Heiterkeit)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Hanisch.

Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben unsere Meinung aus Respekt gegenüber der Bevölkerung geändert. Wir denken und sind der Meinung, bei so einer Stimmung in der Frankfurter Bevölkerung und auch darüber hinaus gegen dieses Cross-Border-Leasing können wir es nicht durchsetzen.

(Beifall)

Wir hätten noch zwei Monate zuschauen können, ich glaube aber nicht, dass sich die Meinung in der Bevölkerung geändert hätte. Es wäre schon ein großes Geschäft gewesen. Es ist nicht so, als ob wir bei den Straßen die Einbahnstraßenrichtung ändern, wo man vielleicht sagt, da protestieren immer irgendwelche Leute. Es ist ein wichtiges Geschäft, das hätte auch für die Stadt sehr viel